



## „Individuelle Familienplanung darf keine Frage des Geldes sein“

Bundestagspetition von pro familia für kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen mit niedrigem Einkommen

Heute startet pro familia die öffentliche Bundestagspetition „Kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen“. Ziel ist eine Gesetzesänderung, die alle Menschen mit geringem Einkommen von den Kosten für Verhütungsmittel entlastet. Bis zum 1. April können UnterstützerInnen die Petition online unterzeichnen.

„Wir wollen, dass Verhütungskosten dauerhaft und bundesweit einheitlich übernommen werden“, sagt Prof. Dr. Daphne Hahn, Bundesvorsitzende von pro familia. „Die Regelung muss möglichst unbürokratisch und niedrigschwellig sein und sich auf die realen Kosten beziehen. Menschen haben ein Recht darauf, zu entscheiden, ob sie sich fortpflanzen wollen oder nicht. Ohne Geld für Verhütungsmittel ist diese Entscheidungsfreiheit bedroht, denn Frauen und ihre Partner riskieren eine ungewollte Schwangerschaft.“

Bis 2004 übernahm das Sozialamt die Kosten für Verhütungsmittel, die der Arzt oder die Ärztin verschrieb. Durch die Hartz-IV-Gesetzgebung ist diese Möglichkeit weggefallen. Betroffen sind Frauen und Männer, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung erhalten. Sie müssen Verhütungsmittel künftig aus dem Regelsatz bestreiten, der eine Pauschale für „Gesundheitspflege“ in Höhe von 17 Euro enthält. Dies ist bei monatlichen Pillenkosten von bis zu 22 Euro kaum zu leisten. Langzeitverhütung mit Spirale oder Implantat kommt für Hartz-IV-Empfängerinnen überhaupt nicht infrage, da sie die einmaligen Kosten von 300 bis 400 Euro nicht ansparen können.

„Kein Geld für Verhütung – dieses Problem kennen nicht nur Hartz-IV-Empfängerinnen, sondern alle Menschen mit geringem Einkommen. Sie wenden zunehmend billigere und oft unsichere Verhütungsmittel an, das zeigen Studien und Berichte von Schwangerschaftsberaterinnen. Individuelle Familienplanung darf aber keine Frage des Geldes sein“, so Hahn.

pro familia hofft, dass die Petition auf breite Resonanz stoßen wird. Schon jetzt gehören namhafte Verbände zu den UnterstützerInnen der Petition. Gemeinsam rufen Sie zur Unterzeichnung der Petition auf, damit das vor 20 Jahren international anerkannte Menschenrecht auf uneingeschränkten Zugang zu Verhütung wieder für alle gilt.

UnterstützerInnen der Bundestagspetition:

AWO-Bundesverband

TERRE DES FEMMES

Ver.di Frauen- und Gleichstellungspolitik

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Frauenberatungsstellen und Frauennotruf – bff

Gemeinnützige Stiftung Sexualität und Gesundheit GSSG

Die Frauen im Sozialverband Deutschland (SoVD)

Link zur Petition: [https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/\\_2015/\\_02/\\_23/Petition\\_57650.html](https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2015/_02/_23/Petition_57650.html)

oder über die pro familia Kampagnenseite: [www.profamilia.de/petition](http://www.profamilia.de/petition)

5. März 2015

### Pressekontakt

Regine Wlassitschau  
[regine.wlassitschau@profamilia.de](mailto:regine.wlassitschau@profamilia.de)

pro familia Bundesverband  
Stresemannallee 3  
60596 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22  
Fax 069-26 95 779-30  
[www.profamilia.de](http://www.profamilia.de)

pro familia ist der führende Verband für Sexualität und Partnerschaft in Deutschland.

Der Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.